

Berlin Flüchtlingsfreie Zone

Ausgerechnet im Wahlkreis von Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) sollen keine Unterkünfte für Flüchtlinge entstehen. Das geht aus einer Senatsvorlage hervor, in der zahlreiche neue Standorte für „Modulare Unterkünfte“ benannt werden. Czaja ist mit seiner heftig kritisierten Flüchtlingsbehörde Lageso für die Versorgung von Asylbewerbern in Berlin verantwortlich. Schon 2015 wurde sein Wahlkreis im Bezirk Marzahn-Hellersdorf verschont: Von den weit über hundert Gemeinschaftsunterkünften und mit Flüchtlingen belegten Turnhallen der Hauptstadt befindet sich keine in Czajas Nachbarschaft. Eine leer stehende ehemalige Schule im Wahlkreis wurde nicht als Unterkunft hergerichtet; auf dem Gelände sollen Stadtvillen und Einfamilienhäuser entstehen. Nur in

einem früheren Hotel werden vorübergehend einige Flüchtlinge geduldet, das Haus wird aber nicht vom Land Berlin betrieben. „Czaja will sich Probleme mit seinen Wählern ersparen“, kritisiert Linken-Politikerin Regina Kittler, die den Nachbarwahlkreis von Czaja vertritt, wo neben zwei bestehenden Unterkünften nun weitere im Gespräch sind. Die Standortwahl „erfolgt in Abstimmung mit den Bezirken“, sagt eine Sprecherin Czajas. hor



Czaja

CLEMENS BILIAN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Maut Schäuble stellt sich gegen Dobrindt

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) fordert, dass auch kleinere Lkw und Fernbusse Maut auf Autobahnen und Bundesstraßen zahlen. Das geht aus einer Stellungnahme seines Ministeriums zu einem aktuellen Gesetzentwurf seines Kabinettskollegen Bundesver-

kehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hervor. Dobrindt will die Lkw-Maut ab 2018 auf alle Bundesstraßen ausweiten, Fernbusse und Lkw von weniger als 7,5 Tonnen aber weiterhin verschonen. Schäubles Beamte monieren jedoch, nun sei „auch eine Ausweitung der Maut auf kleinere Lkw und Fernbusse zu prüfen“. Die Ansage an Dobrindt ist deutlich: „Angesichts des hohen Investitionsbedarfs der Straßeninfrastruktur müssen wir ein gemeinsames Interesse daran haben, bestehende Ausnahmen bei der Nutzerfinanzierung im Bereich der Bundesfernstraßen abzuschaffen.“ Dies sei auch eine Frage des fairen Wettbewerbs. Dobrindt lehnt eine Absenkung der Mautgrenze für Lkw bisher ab, weil sie vor allem kleine Handwerksbetriebe trafe und die Erhebungskosten sehr hoch wären. Eine Maut für Fernbusse fiele dagegen so gering aus, dass sie die Wettbewerbsvorteile der Branche kaum schmälern würde. bö



BENJAMIN BEYKIN / PICTURE ALLIANCE

Visa-Affäre Ermittlungen gegen Schleuser

In der Affäre um illegal ausgestellte Visa deutscher Auslandsvertretungen ermittelt die Staatsanwaltschaft nun auch im Umfeld der deutschen Botschaft in der türkischen Hauptstadt Ankara. Bisher gebe es neun Beschuldigte, so die Generalstaatsanwaltschaft Berlin, es geht um den Verdacht der Urkundenfälschung zur Ausstellung von Schengenvisa und das „Einschleusen von Ausländern“. Schengenvisa sind kurzfristige Reisege-

nehmungen, die häufig für Geschäftsreisen oder Familienbesuche genutzt werden. Die Beschuldigten sollen türkischen Staatsbürgern mit gefälschten Unterlagen bei Visaanträgen geholfen haben, so die Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus werde eine „Vielzahl weiterer Ermittlungsverfahren gegen gesonderte Tatverdächtige“ eingeleitet. Seit 2010 haben mehrere deutsche Staatsanwaltschaften gegen Mitarbeiter deutscher Auslandsvertretungen, aber auch Privatpersonen in Deutschland ermittelt. mop

Medizin Ärzte lehnen Cannabisagentur ab

Die Ärzteschaft sperrt sich gegen das Vorhaben der Bundesregierung, chronisch Kranken Cannabisblüten auf Kassenrezept verschreiben zu lassen. „Eine Verordnungsfähigkeit von Cannabis in Form von getrockneten Blüten und Extrakten wird abgelehnt“, heißt es in einer Stellungnahme der Bundesärztekammer. Für den medizinischen Einsatz fehle es an Studien. Sogenannter Medizinalhanf erlaube „keine genaue Dosierung“, sein Gebrauch als Joint sei mit den

„gesundheitlichen Gefahren des Tabakrauchens verbunden“. Die geplante Einrichtung einer staatlichen Cannabisagentur, die den Anbau und Handel kontrollieren soll, lehnen die Mediziner ab. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung urteilt in ihrer Stellungnahme, Ärzten drohen bei einer Verordnung „mögliche haftungsrechtliche Probleme“. Ein Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums sieht vor, dass schwer chronisch Kranke sich künftig auf Kassenrezept mit Medizinalhanf und mehr Arzneimitteln auf Cannabisbasis als bisher versorgen dürfen. cos

Vertriebenenstiftung Neue Chefin

Bei der umstrittenen Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist nach langen Querelen offenbar eine Lösung des Führungszwists in Sicht. Neue Direktorin soll die Museumsmanagerin Gundula Bavendamm werden. Sie ist die einzige Kandidatin von Monika Grütters, Kulturstatsministerin im Kanzleramt, die dem Stiftungsrat vorsteht. Die im Aufbau befindliche Stiftung ist seit über einem Jahr ohne Führung. Der letzte Direktor musste 2014 gehen, sein 2015 gewählter Nachfolger sagte kurz vor

Amtsantritt nach internen Differenzen wieder ab. Sollte der Stiftungsrat der Personalle bei einer Sitzung am 22. Februar zustimmen, könnte Bavendamm den neuen Job zum 1. April übernehmen. Sie leitet seit 2010 das Alliiertenmuseum in Berlin, gilt als erfahrene Ausstellungsmacherin und durchsetzungstark. Allerdings ist die promovierte Historikerin keine Expertin für Flucht und Vertreibung. Die Mitglieder des Stiftungsrats kommen aus Bundestag, Bundesregierung, Vertriebenenverbänden, den Kirchen, dem Zentralrat der Juden sowie zwei großen Museen. klw